

„Flüchtlingspolitik“ – Ein Versuch einer Positionierung

Franz Gall, Dennis Tamesberger und Judith Vorbach¹

Abstract: Policy-Paper für Track 1

Die mediale und politische Konzentration auf die Flüchtlingskrise schafft eine eingeschränkte Perspektive, führt zur Polarisierung und ist letztendlich Teil der aktuellen Problemlage selbst. Nach einem kurzzeitigen keynesianischen Moment schwenkte die Wirtschaftspolitik in der EU und in den Mitgliedsstaaten verschärft auf die alten Dogmen Wettbewerbsfähigkeit und Austeritätspolitik um. Dies verlängerte die Finanz- und Wirtschaftskrise und führte zudem zu einer politischen, aber auch gesellschaftlichen Krise, zu der schließlich die „Flüchtlingskrise“ kam. Herrschte anfangs in einigen wenigen Mitgliedsstaaten noch eine – von rechter Seite diffamierend bezeichnete – „Willkommenskultur“, weigerten sich die meisten einen solidarischen Beitrag zu leisten. Sehr schnell kam es auch in den angeblich überforderten „Willkommensstaaten“ zu einem 180 Grad-Schwenk in der Asylpolitik, um angebliche Pullfaktoren – wie Sozialleistungen Flüchtlinge und geltendes Asylrecht (z.B. Familiennachzug, Erklärung vieler Herkunftsländer zu sicheren Staaten, ...), ... – zu reduzieren. Zudem wurde eine Abschottungspolitik (Schließung „Balkanroute“, Flüchtlingsabkommen mit Türkei, Abschiebeabkommen mit diversen Staaten,...), Aufrüstung von Polizei und Militär forciert. Während tausende Menschen in einer akuten Notsituation waren, wurden diese gleichzeitig zu „Sündenböcken“ erklärt. Menschen in schwierigen Lebenslagen und am unteren Ende der Einkommensskala gegeneinander ausgespielt. Von neoliberaler Seite seit Jahrzehnten erhobene Forderungen nach Kürzung sozialstaatliche Leistungen wurden nun mit „Flüchtlingsströmen“ begründet. Bei vielen Menschen entstand das Gefühl, dass ihre wirtschaftliche Situation von „anderen“ bedroht wird. Der Zulauf zu rechtsgerichteten Bewegungen war vorprogrammiert. Das geplante Policy-Paper fragt daher nach einer Positionierung, in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik dazu beitragen, dass Europäische Länder ihrer humanitären Verpflichtung nachkommen ohne dass die Menschen (egal ob Flüchtlinge oder langjährige Bürger/-innen) gegeneinander ausgespielt werden.

¹ Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, AK OÖ: E-Mail: gall.f@akooe.at, tamesberger.d@akooe.at, vorbach.j@akooe.at